

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassentonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: K. Rohrlappert

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 100

Bad Schandau, Sonnabend, den 30. April 1927

71. Jahrgang

Amerikanischer Abrüstungsappell

Hughes über die Abrüstungsfrage.

Für Einberufung einer Konferenz.
In einer Rede auf der Jahresversammlung der amerikanischen Gesellschaft für internationales Recht führte der frühere Staatssekretär Hughes aus, daß kaum eine günstigere Zeit für die Beschränkung der Rüstungen zu erwarten sei als die gegenwärtige. Obwohl bei dem Versuch praktischer Durchführung so starke Hindernisse aufgetaucht seien, daß eine Verwirklichung im Augenblick kaum zu erwarten sei, habe die Friedensbewegung seit Kriegsende zweifellos Fortschritte gemacht. Jedoch seien die Nichtkämpfer heute mehr als je zuvor durch die Anwendung allgemein wirkender Vernichtungsmittel bedroht. Der Mangel an klaren Abkommen sei an sich eine Verhinderung zur Ausdehnung. Daher müßten soweit als möglich klare, bindende Vereinbarungen erreicht werden. Sollte beispielsweise ein Verbot des Gaskrieges unmöglich sein, so müßte wenigstens die Nichtanwendung von Gas gegenüber der Zivilbevölkerung erreicht werden. Die Genfer Diskussionen ließen daran verzweifeln, eine weltumfassende Rüstungsbeschränkung für alle Völker und Waffengattungen zu erreichen. Die enorme Zunahme der Rüstungen Europas und die dadurch erzeugten Gefühle der Unsicherheit, der Furcht und des Mißtrauens hätten den Krieg unvermeidlich gemacht. Wie könnten mit dieser Erfahrung vor Augen Staatsmänner die gegenwärtige Gelegenheit zur Abrüstung vorübergehen lassen? Die Beschränkung

der deutschen Wehrmacht durch den Versailler Vertrag sollte nach Erklärung der Mächte der Beginn einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung sein. Die Entung des Völkerbundes habe diesen Gedanken aufgenommen und der Vertrag von Locarno habe die Grundlagen der Sicherheit geliefert. Wenn man diese jetzt nicht als ausreichend ansehe, so sei kaum einzusehen, auf welchem anderen Wege eine solche Sicherheit geliefert werden sollte. Weber China nach Rußland könnten als zureichender Vorwand für Rüstungen angesehen werden. Was immer der Anlaß zu den amerikanischen Flottenrüstungen seit 1916 gewesen sein möge, nach der Zerstörung der deutschen Seemacht seien nur noch zwei große Flotten vorhanden. Ein Krieg mit England bedeute den Zusammenbruch der Zivilisation. Der Gedanke eines Krieges mit Japan sei dem Abdruck des Mißtrauens entsprungen. Die erhoffte Verständigung der drei Mächte über die Seeabrüstung sollte anderen Mächten als Beispiel dienen.

Hughes bekräftigte schließlich die Einberufung einer neuen Abrüstungskonferenz. Die Welt werde, so sagte er, von den sie erdrückenden finanziellen Lasten nicht eher befreit werden, als bis die Völker vom Abdruck des Krieges erlöst seien.

Auch die „Times“ beklagt das Ergebnis der Genfer Abrüstungskonferenz und bedauert, daß Frankreich und Italien den von Amerika veranlaßten Verhandlungen über die Beschränkung der Flottenrüstungen, die im Juni stattfinden sollen, fernbleiben wollen.

Italienische Rüstungen?

Eine jugoslawische Darstellung.
Die Agrarzeitung „Obzor“ veröffentlicht einen Artikel ihres Sonderberichterstatters, der aufsehenerregende Nachrichten über die Vorbereitungen enthält, die Italien seit zwei Monaten in Venetia-Julia trifft. Es heißt in dem Artikel u. a.: Der ganze Bezirk an der Grenze zwischen Tarbis und Fiume befindet sich tatsächlich im Belagerungszustand. Sämtliche Dörfer sind von Abteilungen der faschistischen Miliz besetzt, die eine äußerst scharfe Überwachung der slowenischen Bevölkerung und ganz besonders der Fremden ausüben. Der ganze Bezirk zwischen Tarbis und Fiume ist besetzt. Im Verlauf der letzten Zeit sind zahlreiche betonerte Geschützstände für Artillerie erbaut worden. Außerdem befindet sich in dieser Gegend ein vollständiges Netz von Schützengraben, Verbindungswege und Stacheldrahthindernissen. Es wird eifrig an der Erbauung strategischer Straßen gearbeitet. Bahnhöfe, die für den normalen Eisenbahnverkehr nur untergeordnete Bedeutung haben, sind vergrößert und mit Verlageranlagen ausgestattet worden. Höhere Offiziere bereisen die ganze Gegend im Auto, um das Gelände zu studieren.

Die italienische Flotte in Quarnero ist in Marmorebereitschaft. Im Hafen von Pola, wo bisher nur einige Torpedojäger ihre Operationsstätten hatten, liegt ein Kreuzergeschwader, das vier Kreuzer, mehrere Torpedojäger und Torpedoboote zählt. Diese Schiffe haben den Auftrag erhalten, den nördlichen Teil der Adria zu überwachen, während die Häfen der mittleren Adria von den in Ancona liegenden Einheiten überwacht werden. Der Stab des dritten Armeekorps, das in Triest liegt, hat den Auftrag erhalten, sofort dem Oberkommando eine Aufstellung der Gegenstände zuzuleiten, die noch nötig sind, um die Abrüstung und Bewaffnung auf den Kriegsfuß zu bringen. Görz, das bis jetzt Standort einer Division war, wird nunmehr der Sitz des Hauptquartiers eines neuen Armeekorps, so daß auf einem Gebiet von nur 10 000 Quadratkilometern zwei Armeekorps untergebracht sind. Zu diesen Truppen muß noch die faschistische Miliz hinzugezählt werden, die in der Stärke von fünf Legionen in Venetia-Julia dauernd mobilisiert ist.

London dementiert das englisch-italienische Abkommen.

London, 29. April. Die in einem Teil der kontinentalen Presse verbreiteten Gerüchte von einem schriftlichen oder mündlichen Abkommen zwischen England und Italien werden dem Vertreter der U. gegenüber an amtlicher Londoner Stelle als jeder Begründung entbehrend bezeichnet. Hinsichtlich Albaniens sei die Lage, wie bekannt, so, daß die Völkervereinigung vor geraumer Zeit Italien aus rein geographischen Gründen als handelsndes Organ der Völkervereinigung bestimmt habe. Auf

Grund dieser Entscheidung seien die italienischen Befugnisse in Albanien definiert worden. Wenn in Albanien ein Konflikt entstehen sollte, so würde die Völkervereinigung auf Grund dieses Beschlusses auf Italien als den unmittelbaren Nachbarn von Albanien und die aus naheliegenden Gründen am meisten interessierten Großmächte zurückgreifen. Die Behauptung, daß England Italien in einem schriftlichen Abkommen freie Hand in Albanien oder in einem weiteren Gebiete des Mittelmeeres gegeben habe, sei völlig aus der Luft gegriffen.

Nicht uninteressant ist der Hinweis, daß eine Pariser Stelle an der Verbreitung von Nachrichten wie den oben wiedergegebenen interessiert sei. So sei gelegentlich des Amtsantritts des neuen italienischen Botschafters in London von Quai d'Orsay das Gerücht verbreitet worden, daß Großbritannien durch den englischen Botschafter in Rom bei Mussolini energische Vorstellungen in der albanischen Frage erhoben habe. Der Sinn dieser durchaus falschen Behauptungen könne nur darin liegen, daß man in Paris offenbar ein Interesse daran habe, Mussolini in seiner Stellung zu beirren.

Paris, 29. April. Die von einem Berliner Blatt gebrachte Meldung über einen Geheimvertrag zwischen London und Rom findet in der Pariser Presse große Beachtung. Besondere Bedeutung mißt man der angeblich vereinbarten englisch-italienischen Zusammenarbeit im mittelländischen Meere bei, die, wie „La Presse“ erklärt, ausschließlich eine Spitze gegen Frankreich habe. Die der italienischen Botschaft in Paris nahe stehende Nachrichtenagentur Transalpina dementiert ebenso wie heute mittag der Quai d'Orsay formell das Bestehen eines Geheimvertrages zwischen London und Rom und verweist auf die Abneigung Englands, Verpflichtungen einzugehen, die seine Bewegungsfreiheit und Entschließungsfreiheit einengen könnten.

Nach Informationen des Vertreters der U. in Paris besteht augenblicklich zwischen England und Italien keine Militärkonvention. Eine solche wurde vor Beilegung des Mussolinkonfliktes zwischen den beiden Staaten abgeschlossen, zu einer Zeit, als England eine Kriegserklärung der Türkei befürchtete. Nach dieser Konvention verpflichtete sich Italien, in Kleinasien zwischen Mesina und Adalia mit 250 000 Mann einzufallen. Diese Militärkonvention ist aber nach der friedlichen Regelung der Mussolifrage hinfällig und nicht wieder erneuert. Dagegen kam, wie die U. früher mehrfach meldete, zwischen Italien und England eine Entente zustande, die später in Rom bestätigt wurde, die sich auf das östliche Mittelmeergebiet und den Balkan bezieht. In diesem Vertrag verzichtete Italien auf alle Ansprüche im westlichen Mittelmeergebiet einschließlich Marokkos und sicherte sich eine Unterstützung Englands auf dem Balkan und seine Expansionspolitik im östlichen Mittelmeergebiet und im Roten Meer, d. h. Abessinien. Auf Grund dieses Abkommens wurde auch der Tiranovertrag vor seiner Unterzeichnung von Mussolini dem Foreign Office zur Kenntnis gebracht, das den Vertrag billigte. Darauf ist auch die englische Weigerung zurückzuführen, die Vermittlerrolle zwischen Italien und Jugoslawien zu übernehmen. Unser Gewährsmann stellt das Bestehen eines Seeabkommens zwischen England und Italien in Abrede.

Für eilige Leser.

* In dem Befinden des deutschen Botschafters v. Hoersch, der an einer Halsentzündung erkrankte, ist eine Besserung zu verzeichnen. Zwecks vollständiger Genesung wird Botschafter v. Hoersch wahrscheinlich Ende nächster Woche einen längeren Urlaub antreten.

* Am Bahnhof Witten wurden wieder 6 junge Leute im Alter von 18 bis 24 Jahren angehalten, die sich auf der Reise in die Fremdenlegion befanden. Nach Sichtung der Papiere erfolgte die Rückbeförderung nach Kandel in das dortige Amtsgewahrsam.

* Trotz wiederholter Dichtungsversuche sind bei Laumühle auf beiden Ufern der Oste die alten Deichbruchstellen erneut vom Hochwasser durchbrochen worden. Die Laumühler Feldmark und das Gebiet von Cranenburg stehen unter Wasser.

* Das Reichsarbeitsministerium hat den Schiedsspruch für den Ruhrbergbau auf Antrag der Arbeitnehmerverbände für verbindlich erklärt. Bekanntlich hat der Zechenverband den Schiedsspruch abgelehnt.

Gedanken zum 1. Mai.

Die soziale Frage und die Ursachen der Klassenbildung.
Von Dr. rer. pol. Georg Bründl-München.

Die soziale Frage hat mit Flammenschrift ihre Spuren in die Geschichte der Menschheit eingegraben. Versucht von den Ideen eines internationalen Sozialismus hat die Arbeiterklasse fast aller Kulturstaaten die gewaltigsten Anstrengungen gemacht, ihre revolutionären Ziele zu verwirklichen. Wir wissen aber, daß alle diese Bewegungen zu keiner endgültigen Lösung geführt haben. Klassenkämpfe an sich sind nichts Neues. Diese hat es schon im alten Rom und Athen gegeben, so daß z. B. die innere Politik der Römer mehrere Jahrhunderte durch den Ständekampf zwischen Patriziern und Plebejern ausgefüllt war, der schließlich 471 v. Chr. mit der Einsetzung des Volkstribunates und mit dem Erlaß der Kleinlich-sextischen Gesetze endigte, wodurch das Konsulat, die höchste Würde im Staat, von nun an auch den Plebejern zugänglich wurde. Aber trotz aller staatlicher Gleichberechtigung hat weder damals noch in der neueren und neuesten Zeit der Hauptgegensatz der Klassen, nämlich der Unterschied von „Arm und Reich“ je überbrückt bzw. ausgeglichen werden können. Man hat wohl wie z. B. bei der französischen Revolution oder in Sowjetrußland den Adel und die Besitzenden ihres Eigentums berauben und entrechten können, aber die Lage des einzelnen Bauern oder Städters ist dadurch um kein Haar besser geworden. Es taucht daher die Frage auf, ob der soziale Klassengegensatz naturgesetzlich begründet oder ob bis zu gewissen Grenzen und bis zu welchen Grenzen dennoch ein Ausgleich möglich ist.

Ueber die Ursachen der Klassenbildung hat sich einmal in der Wissenschaft ein interessanter Streit erhoben. Gobineau und seine Schule führten alle Klassengegensätze auf die Rasse zurück. Alle Aristokratien seien indogermanisch, während alle unteren Klassen Negerblut in sich hätten. Auch der heutige Antifeminismus erblickt in der Masse die primäre Ursache des Klassengegensatzes. Selteneres Licht in dieses Dunkel hat nun der verdiente Gelehrte Gustav Schmoller gebracht, der von 1838—1917 lebte und als Vertreter der historischen Schule der Nationalökonomie gründliche Forschungen über die soziale Frage anstellte. Nach ihm ist nun die Lehre Gobineaus eine ebenso starke Uebertreibung wie die Anschauung der Sozialisten, die an die Gleichheit der Menschen glauben und die Klassengegensätze ganz oder doch überwiegend auf die Ungleichheit des Besitzes zurückführen.

Demgegenüber weist nun Schmoller ebenso wie die Nationalökonom A. Bauer, Goblot u. a. mit allem Nachdruck auf den Einfluß des Berufes und der Arbeitsteilung, also auf die psychologischen Ursachen hin, die für die Klassenbildung immer entscheidend waren und es noch sind. „Wie jeder Mensch“, sagt Schmoller, „in seiner Familie, in seinem nächsten Kreis nach dem geschätzt wird, was er durch seine Persönlichkeit, seine Leistungen, seinen Besitz diesem Kreise ist, so hat zu allen Zeiten die öffentliche Meinung die einzelnen Klassen des Volkes darnach gewertet, was sie dem Ganzen der Gesellschaft waren oder sind, und zwar je nach den Zeitverstellungen darüber, was in sittlicher, politischer oder wirtschaftlicher Beziehung das für die Gesellschaft Wertvollere ist.“ Das Urteil der Menschen über einander wurde vielfach bestimmt durch den sichtbaren Erfolg und die Leistungen einer Klasse oder Persönlichkeit für das Ganze eines Volkes, wobei nicht selten auch der Schein eine große Rolle spielen konnte. So wurden von den Nachkommen tapferer Krieger deren erworbene Wappenschilder, Ehrenabzeichen und Titel noch lange weitergeführt und zur Grundlage ihrer bevorzugten gesellschaftlichen Stellung gemacht. Die oft erst im Laufe von Generationen erkämpfte und von den Nachkommen mit zäher Energie festgehaltene Rangordnung entspricht nicht immer der Wirklichkeit, sondern ist vielfach nur mehr der übrig gebliebene sichtbare Erfolg der Arbeit und Leistungen früherer Generationen.

Infolge der verschiedenen geistigen und körperlichen Betätigung der einzelnen Individuen herrschte bei den Menschen von jeher das Prinzip der Arbeitsteilung, weshalb die menschliche Gesellschaft schon zu allen Zeiten in leitende und ausführende Organe geschieden war. Leitende und befehlen können aber auf die Dauer nur diejenigen, die nach ihren geistigen und sittlichen Fähigkeiten dazu veranlagt und geeignet sind. Daraus folgt also, daß die primären Ursachen der Klassenbildung psychologische sind und dann weiter, daß die Gesellschaft zu allen Zeiten eine obere oder aristokratische Klasse haben muß, welche die leitende Stellung einnimmt und endlich, daß jede emporgestiegene Klasse oder Generation, sobald sie